

Entwicklungszusammenarbeit für Deutschland

Entwicklungspolitische Leitlinien der AfD-Bundestagsfraktion



Bildquelle: Adobe Stock / aerial-drone



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

Vorwort	2
Die fehlgeleitete entwicklungspolitische Agenda der Bundesregierung	5
Feministische Entwicklungspolitik	7
Die entwicklungspolitischen Leitlinien der AfD-Bundestagsfraktion	10
Masseneinwanderung verhindern, Rückführungen vorantreiben	12
Keine Almosen für aufstrebende Schwellenländer	14
Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afrika	17
Demokratische Republik Kongo und westafrikanische Staaten	19
Deutsche Forschung für Unternehmertum und Umwelt	20
Die Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion	22

Vorwort

Deutschland ist mit über 33,9 Milliarden Euro weltweit der zweitgrößte Geber von Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Mit diesem Geld werden von der Bundesregierung auffällig viele Projekte gefördert, die weniger auf einen wirtschaftlichen Nutzen abzielen, sondern vielmehr weltanschaulich motiviert sind. Beispiele hierfür sind etwa der berühmt-berüchtigte Bau von Radwegen in Peru sowie die Verbesserung der dortigen Bus-Infrastruktur für 45 Millionen Euro mit weiteren zugesagten Krediten in Höhe von 155 Millionen Euro oder eine »Beschäftigungsförderung durch Energieeffizienz und Erneuerbare Energien in Moscheen« in Marokko in Höhe von 8,5 Millionen Euro. Profiteur dieser Art von Entwicklungszusammenarbeit ist vor allem die Helfer-Industrie. Diese arbeitet unermüdlich daran, die Entwicklungsländer als arm und schwach darzustellen. Der Helfer-Mythos dient dazu, die Verausgabung an Steuergeldern zu rechtfertigen und die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Zugleich leistet sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Vergleich zu 2006 fast 90 Prozent mehr Beamte.



Die AfD-Bundestagsfraktion hingegen steht für eine eigenverantwortliche und transparente Entwicklungspolitik, die ihren Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit legt und



die Selbstbestimmung Deutschlands sowie seiner Partner achtet. Damit schaffen wir Wohlstand und Frieden und tragen zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Weiterentwicklung Deutschlands und seiner Partner bei.

Das BMZ hat in den vergangenen zehn Jahren einen unverhältnismäßigen Aufwuchs an Haushaltsmitteln erfahren. Die finanzielle Überversorgung des BMZ hat zu einer beispiellosen Ausdehnung des politischen Kompetenzbereichs mit einer geradezu verschwenderischen Ausgabepaxis von Steuermitteln im Ausland geführt.

Diese Haushaltsführung stößt in der deutschen Bevölkerung vollkommen zu Recht auf wachsende Ablehnung und Unverständnis. Die deutsche Entwicklungspolitik ist ineffektiv, ineffizient und intransparent. Dem eigentlichen Auftrag der Entwicklungspolitik – Armutsbekämpfung durch Wirtschaftsentwicklung in Übereinstimmung mit den eigenen nationalen Interessen – kommt das BMZ nicht nach. Stattdessen hat sich ein für die Bevölkerung und das Parlament undurchsichtiges Versorgungssystem entwickelt, von dem zunehmend nichtstaatliche Akteure (NGO) und politische Stiftungen profitieren.

Wir sind überzeugt, dass das BMZ in seiner aktuellen Form abgewickelt werden muss. Der entwicklungspolitische Etat ist um 70 Prozent und damit auf das Niveau von 2014 zu reduzieren. Die Zuständigkeit für entwicklungspolitische Aufgaben ist dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zu übertragen.

Entwicklungshilfe muss dem Primat deutscher Interessen unterworfen sein. Sie ist nicht nur ein außenpolitisches Instrument zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung armer Länder, sondern sie muss gleichermaßen den Zugang Deutschlands zu Märkten und Rohstoffen sichern und die Kooperation mit anderen Staaten durch Anreize stärken. Besonders in der Migrationspolitik muss Entwicklungshilfe auch konditionierend eingesetzt werden. Damit dies organisatorisch erfolgreich gelingen kann, muss die Verantwortung für die deutsche Entwicklungspolitik beim AA und beim BMWK liegen.

Andere Staaten wie Großbritannien und Australien haben ihre eigenen Entwicklungsministerien bereits aufgelöst und in ihre Außenministerien integriert. In Australien führte allein diese Umstrukturierung zu einer Ersparnis von 30 Prozent der bisherigen Verwaltungskosten. Angesichts der Größe des ministerialen Apparats in Deutschland, der hohen Personal- und Verwaltungskosten bei der Projektdurchführung und dem noch immer existenten Doppelsitz des BMZ in Berlin und Bonn halten wir ähnliche Einsparpotenziale in Deutschland für realisierbar.

Markus Frohnmaier

Markus Frohnmaier MdB

Leiter des Arbeitskreises Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion
Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Stärkung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit

Bundestagsdrucksache 20/6916, 23.05.2023

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006916.pdf>



DIE FEHLGELEITETE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE AGENDA DER BUNDESREGIERUNG

Die Masseneinwanderung nach Deutschland, die Ausrufung von Klimanotständen, die Einführung der CO₂-Steuer, die Gender- und Quotenpolitik oder die mittlerweile weltweit größte Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben – das alles lässt sich auf ein übergeordnetes Konzept, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, zurückführen. Diese Resolution wurde 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und ist rechtlich nicht bindend. Gleichwohl ist sie für die Bundesregierung nach eigener Aussage der Maßstab des Regierungshandelns und die Richtschnur deutscher Politik.

Die Agenda 2030 ist nach Meinung ihrer Autoren ein »Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand«, der einen »universellen Frieden in größerer Freiheit festigen« soll. Die Unterzeichner der Resolution »sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen.« Dazu sind entschlossene »kühne und transformative Schritte« notwendig, »um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen.« Auf dem Weg zu dieser besseren Welt solle, so die Autoren, niemand zurückgelassen werden. Zur Umsetzung der Agenda 2030 werden 17 sogenannte Nachhaltigkeitsziele und 169 davon abgeleitete Unterziele gesetzt. Die Unterzeichnerstaaten bekunden ihren Willen, diese Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Sie sind inzwischen zu großen Teilen deckungsgleich mit der Politik der Bundesregierung.

Diese Zielsetzungen offenbaren eine utopische, sozialistische und bevormundende Auffassung über die Möglichkeiten internationalen Handelns: Mit der Agenda 2030 soll die durchgehende Umgestaltung aller unserer Lebensbereiche erreicht werden.

So wird die Masseneinwanderung nach Deutschland unter dem zehnten Nachhaltigkeitsziel thematisiert, das »die Ungleichheit in und zwischen den Ländern verringern« und »durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik« die »geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen« erleichtern soll. Die Klimapolitik findet sich im Nachhaltigkeitsziel 13 wieder, in dem gefordert wird, die »Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen« einzubeziehen. Das Nachhaltigkeitsziel 5 formuliert im Hinblick auf die Genderpolitik die »Geschlechtergleichstellung« mit »durchsetzbaren Rechtsvorschriften« auf »allen Ebenen«.

Die Finanzierung der zur Erreichung der Ziele notwendigen Maßnahmen soll über »zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen« geschehen. Gemäß dem Nachhaltigkeitsziel 17 eignen sich hierfür insbesondere die verstärkte »Mobilisierung einheimischer Ressourcen« und die Optimierung der »nationalen Kapazitäten zur Erhebung von Steuern und anderen Abgaben«. Der weltweite Finanzierungsbedarf dieses Vorhabens beläuft sich auf etwa fünf bis sieben Billionen US-Dollar, was eine weitere Umverteilung deutschen Steuergelds in die Welt zur Folge hat. Entsprechend erhöhten sich die bereitgestellten Entwicklungsleistungen Deutschlands seit dem Jahr 2014 von rund zwölf Milliarden Euro um mehr als 20 Milliarden Euro auf zurzeit gut 34 Milliarden Euro. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt diese Art der Weltentwicklungspolitik entschieden ab.

Neben den offensichtlich negativen Folgen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung für den deutschen Bürger kritisiert die AfD-Bundestagsfraktion deren multilaterale Organisationsweise. Analog zur Weltentwick-

lungspolitik muss man hier von einer Weltregierungspolitik sprechen, denn wir beobachten, wie sich dieser multilaterale Ansatz auf bevormundende und intransparente Weise auf die entwicklungspolitische Arbeit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) und im Bundestag auswirkt. So wird die deutsche Entwicklungspolitik unter anderem von dem Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) beraten. Beide Institute geben Publikationen heraus, die dem interessierten Bürger die Entwicklungspolitik näherbringen sollen und teilweise auch in die parlamentarischen Abläufe eingehen. Einige dieser Publikationen werden dennoch nicht auf Deutsch, sondern ausschließlich auf Englisch verfasst.

Abgesehen davon befürworten wir als AfD-Bundestagsfraktion jedoch die Arbeit des DEval und stehen für eine institutionelle und finanzielle Stärkung dieses Instituts ein, da seine Arbeit die entwicklungspolitischen Wirkungen umgesetzter Maßnahmen und Projekte überprüfbar und nachvollziehbar macht.

Ein weiteres Beispiel für Bevormundung und Intransparenz stellt das Unvermögen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dar, das Ausmaß und die Auswirkungen der eigenen entwicklungspolitischen Leistungen vollständig und übersichtlich zu dokumentieren. Stattdessen wird auf eine Vielzahl an Weltorganisationen verwiesen. Dies erschwert den Überblick über die geleisteten Zahlungen sowie die Kontrolle der Zweckmäßigkeit und Effizienz erheblich.

Die Intransparenz zeigt sich auch im Hinblick auf den Etat des BMZ. So übersteigen die 34 Milliarden Euro (Stand: 2023) der sogenannten ODA-fähigen Mittel, also die Summe aller offiziell anrechenbaren deutschen Entwicklungsgelder, das voraussichtliche Haushalts-Budget des BMZ in Höhe von etwa 10,3 Milliarden Euro (2025) um mehr als das Dreifache. Hinzu kam bis 2021 der 30,5 Milliarden Euro schwere sogenannte Europäische Entwicklungsfonds mit einer deutschen Beteiligung von über 20 Prozent. Die Bundesregierung gibt nach und nach die Gestaltungskompetenz bei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit aus der Hand. Eine Entwicklungszusammenarbeit, die deutschen Interessen folgt, wird unterlaufen und deren parlamentarische Kontrolle nachhaltig

erschwert. Die Folge sind fehlgeleitete Ausgaben und zahlreiche sinnlose Entwicklungshilfeprojekte.

Die Art und Weise der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wie sie aktuell und insbesondere im Hinblick auf die Agenda 2030 von der Bundesregierung vollzogen wird, führt zu einer Abwertung der Nationen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Zudem werden die Bürger bevormundet, da das BMZ und die Bundesregierung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung intransparent handeln und dadurch eine wirkungsvolle parlamentarische Kontrolle erheblich behindern. Die rechtlich nicht verbindliche Agenda 2030, die dennoch zur Richtschnur der deutschen Regierungspolitik wird, spricht hier Bände. Schließlich ergeht sich dieses Politikverständnis weniger im schöpferischen und schaffenden Bereich, sondern wirkt vielmehr umwertend und umverteilend. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt diese Bevormundung, Intransparenz und globale Umverteilung entschieden ab.





FEMINISTISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Feministische Entwicklungspolitik unter Svenja Schulze: Bruch mit der Realität

Im März 2023 veröffentlichte das BMZ unter Leitung von Svenja Schulze ein Strategiepapier zur »Feministischen Entwicklungspolitik«.



<https://www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf>

Dies geschah nicht zufällig: Zum selben Zeitpunkt verkündete Annalena Baerbock die sogenannte feministische Außenpolitik als neue politische Strategie des Auswärtigen Amtes. Die beiden Ministerien bezwecken eine enge Kooperation bei der Umsetzung einer vorgeblich feministischen Agenda. Mit der Etablierung einer »feministischen Entwicklungspolitik« versucht das BMZ, unter dem Deckmantel angeblich universeller Diskriminierung von Frauen, einseitig patriarchale Machtstrukturen für alle Probleme im Bereich der Entwicklungspolitik verantwortlich zu machen. Der Hauptanteil jeglicher bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands soll auf Aspekte der inklusiven Geschlechtergerechtigkeit gelegt werden, wobei die Rede konkret nicht nur von Frauen, sondern von jeglichen Minderheiten ist. Die AfD-Fraktion widerspricht entschieden dieser ideologisch ausgerichteten Politik.

In der Realität entfernt sich die Bundesregierung mit einer derartigen Strategie noch weiter von dem Konzept einer profitablen Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Partnerländern. Stattdessen bricht die Bundesregierung vollständig mit dem Grundsatz »Hilfe zur Selbsthilfe« und erhebt vielmehr den Anspruch auf moralische Weisungsbefugnis in der gesamten Welt. Deutschland selbst spielt im weiteren Verlauf praktisch ausnahmslos die Geberrolle von finanziellen Mitteln und entzieht sich selbst den Status als Profiteur der Zusammenarbeit mit seinen Partnerländern.

Die feministische Zusammenarbeit setzt nicht selten auf absurde ideologische Faktoren, die in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern vollkommen an der gesellschaftlichen Realität und den ortsüblichen Normen vorbeigehen.

So will beispielsweise Bundesministerin Svenja Schulze bis Anfang 2025, dass jegliche neu zugesagten finanziellen Mittel für Entwicklungsprojekte die Geschlechtergerechtigkeit voranbringen. Auf der Webseite des BMZ wird diese Ambition als »feministische Gestaltung von entwicklungspolitischen Ansätzen« dargestellt. Besonders in fragilen Staaten mit patriarchalischen Strukturen ist es nahezu unmöglich, derartige Interessen durch die Umsetzung entsprechender Maßnahmen effektiv durchzusetzen.

In vielen Partnerländern stößt der sogenannte feministische Ansatz auf erheblichen Widerstand. Dies kann nicht nur die Implementierung der Maßnahmen behindern, sondern auch zu sozialen Spannungen und Konflikten führen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen berücksichtigen oft nicht die spezifischen sozialen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen der Partnerländer. Es besteht die Gefahr, dass Partnerregierungen die starke ideologische Prägung des Papiers als dogmatisch wahrnehmen und dadurch der Dialog mit wichtigen internationalen und lokalen Akteuren erschwert wird.

Das Papier des BMZ enthält eine Absichtserklärung nach der anderen, die jedoch nicht durch konkrete Maßnahmen oder Zeitpläne untermauert werden. Bundesministerin Schulze betont die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit – ohne jedoch zu erklären, wie diese in der Praxis genau umgesetzt werden soll. Die Bundesregierung versucht, durch wohlklingende Verlautbarungen die öffentliche Meinung zu beeinflussen, anstatt konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die Zielsetzungen des BMZ bleiben durchwegs unpräzise und das Strategiepapier führt nur wenige konkrete Projekte

mit einer realistischen Umsetzbarkeit auf. Stattdessen hebt das BMZ beispielsweise die Förderung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere mit Frauenrechts-, LGBTQI+- und weiteren Menschenrechtsorganisationen, hervor und bezeichnet diese als »Triebwerke des Wandels«.

Es ist ferner völlig unklar, in welcher Höhe Finanzmittel für Programme des BMZ zur Förderung der sogenannten Geschlechtergerechtigkeit bereitgestellt werden müssen. Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen in internationalen Organisationen oder zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen ganz allgemein, die Schaffung von sicheren Räumen und Schutzprogrammen für Frauen in Krisenregionen und auch die gezielte Unterstützung von Frauenrechtsorganisationen in Entwicklungsländern klingen zwar zunächst positiv, doch die Kosten könnten im Falle einer Umsetzung »um jeden Preis« weder im aktuellen Haushalt noch in zukünftigen Budgets realistisch abgebildet werden.

Eine auf diese Weise ideologisch ausgerichtete Entwicklungspolitik führt zu einer Umverteilung von Geldern, die dringend für andere Projekte benötigt werden. Die ideologische Fokussierung auf feministische Entwicklungspolitik vernachlässigt Entwicklungsprojekte, die der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie der Verbesserung der Gesundheitsversorgung dienen. Diesen existenziellen Problemen sind bis heute viele Entwicklungsländer ausgesetzt. Daher bilden Entwicklungshilfeprojekte, die sich diesen Problemen widmen, die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung jener Länder. Hierfür sollten Haushaltsmittel prioritär eingesetzt werden.

Das Strategiepapier des BMZ legt keine klaren Indikatoren fest, wie der Erfolg der angekündigten Maßnahmen gemessen werden soll. Ohne konkrete Messgrößen ist es aber unmöglich, die Effizienz und den Fortschritt der Programme zu bewerten. Auch der erforderliche umfassende bürokratische Aufwand lässt Zweifel an der angestrebten Strategie des BMZ. Die deutsche Entwicklungspolitik ist bereits jetzt von überaus komplexen bürokratischen Strukturen geprägt. Neue, feministisch ausgerichtete Programme werden die bestehenden Verwaltungsprozesse weiter verkomplizieren und somit die Effizienz und Geschwindigkeit der Hilfsleistungen beeinträchtigen.

Alles in einem offenbart dieses Strategiepapier des BMZ den Irrweg, auf den sich das BMZ unter Führung von Svenja Schulze begeben hat. Anstatt sich auf die drängenden Herausforderungen der Armutsbekämpfung und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in unseren Partnerländern zu konzentrieren, folgt das Ministerium einem ideologisch motivierten Feminismus.

Das vom BMZ vorgelegte Strategiepapier ist als Grundlage für eine ernstzunehmende Entwicklungspolitik völlig ungeeignet. Auch Worthülsen wie »gerechte und starke Gesellschaften weltweit« können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese feministische Entwicklungsstrategie einer realitätsfernen linken Ideologie folgt. Mit diesem diffusen Ansatz wird das BMZ seiner Verantwortung für eine zielgerichtete, faktenbasierte Entwicklungszusammenarbeit in keiner Weise gerecht. Wir fordern Ministerin Schulze dringend auf, sich auf ihr Kerngeschäft zu besinnen und ihrer Verantwortung für die ärmsten Menschen weltweit wieder gerecht zu werden.



DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN LEITLINIEN DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION



Entwicklungspolitik neu strukturieren – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abschaffen und Entwicklungshilfe in das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eingliedern

Bundestagsdrucksache 20/14478, 13.01.2025

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/144/2014478.pdf>



Kein deutsches Steuer-geld für ideologische Entwicklungshilfe-Projekte – Entwicklungshilfe strategisch ausrichten

Bundestagsdrucksache 20/12083, 02.07.2024

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/120/2012083.pdf>



Deutschsprachige Publikationen von ministeriell mandatierten, politisch handlungsempfehlenden Institutionen der Entwicklungspolitik

Bundestagsdrucksache 19/14068, 16.10.2019

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/140/1914068.pdf>



Transparente Dokumentation deutscher Entwicklungspolitik

Bundestagsdrucksache 19/14072, 16.10.2019

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/140/1914072.pdf>



Ablehnung der UN-Resolution »Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« und Formulierung eigener Ziele der Entwicklungszusammenarbeit

Bundestagsdrucksache 19/13531, 25.09.2019

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/135/1913531.pdf>



Keine Verlängerung beziehungsweise Neuaufgabe des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)

Bundestagsdrucksache 19/9238, 10.04.2019

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/092/1909238.pdf>

Die AfD-Bundestagsfraktion steht für eine Entwicklungspolitik, die vorrangig deutschen Interessen folgt. Orientierung bietet ein Blick in die entwicklungspolitischen Anfänge. Als Kind des Kalten Krieges wirkte die Entwicklungspolitik nach 1945 zunächst nur zwischen zwei Staaten ohne Beteiligung von multilateralen Organisationen. Seit 1958 traten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und spätestens seit 1961 die Weltbankgruppe als Akteure hinzu.

Dabei war die Entwicklungspolitik bis zur Wiedervereinigung 1990 stets der Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik untergeordnet. Erst danach durchlief die Entwicklungspolitik eine Verschiebung ihrer Schwerpunkte hin zur sogenannten »Nachhaltigkeit« und »humanitären Hilfe«, die vermittels zahlreicher Nichtregierungsorganisationen tief in die Gesellschaften der Partnerländer eingreifen. Diese Nichtregierungsorganisationen sind demokratisch nicht legitimiert, werden nicht ausreichend kontrolliert und entwickeln ein Eigenleben, das maßgeblich zu der Fehlentwicklung deutscher Entwicklungspolitik geführt hat und weiterhin dazu beiträgt.

Die AfD-Bundestagsfraktion greift als einzige politische Kraft im Bundestag den »Bonner Aufruf« ehemaliger Entwicklungshelfer und kritischer Wissenschaftler inhaltlich und politisch auf. Gemeinsam erkennen wir als eines der hauptsächlichen Probleme keinesfalls einen generellen Geldmangel, sondern im Gegenteil ein Zuviel an Geld und dessen intransparente und unwirtschaftliche Verwendung.

Einen sogenannten »Mittelabfluss-Druck« von deutschen Steuergeldern in der Entwicklungspolitik darf es nicht geben.

Wir fordern die Abschaffung des BMZ und die vollständige Integration von Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik in das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Des Weiteren fordern wir, die Haushaltsmittel für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit transparent, vor allem aber wirtschaftlich sinnvoll zu verwenden. Wir setzen uns für die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Staaten und Völker ein – gleich ob es sich dabei um Staaten handelt, mit denen wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kooperieren, oder um Deutschland selbst. Wir anerkennen und achten nationale, regionale, kulturelle und religiöse Unterschiede zwischen den Gesellschaften. Entsprechend lehnen wir die Unterzeichnung von Abkommen ab, die Deutschlands Souveränität verletzen.

Aus gegenseitiger Achtung der Selbstbestimmung erwächst gegenseitiges Vertrauen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt für uns das hauptsächliche Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dar. Die deutsche Wirtschaft soll in erster Linie durch eigenverantwortlich getragene Kooperationen zwischen Staaten gestärkt werden, denn gesellschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich von der Wirtschaft und dem Handel ab.

Entwicklungspolitik ist für uns Entwicklungszusammenarbeit für Deutschland.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher

- zukünftig in Fragen der Außenhandels- und Entwicklungspolitik die historisch gewachsenen Kulturen und Gesellschaftssysteme fremder Länder zu tolerieren und zu respektieren und darauf zu verzichten, ihnen ihren kulturellen Überzeugungen womöglich entgegenstehende Programme wie die LGBTQ-Agenda aufzuzwingen;
- die Abschaffung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die vollständige Integration von Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik in das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz;
- die Bundesregierung dazu auf, ihre Unterstützung für die Agenda 2030 einzustellen und bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Aufhebung dieser Resolution zu beantragen;
- die Abschaffung von entwicklungspolitischen Programmen der EU;
- die deutsche Entwicklungspolitik transparent zu halten und über sie in deutscher Sprache zu informieren.



Sofortige Einstellung
des Programms
»Perspektive Heimat«

Bundestagsdrucksache
19/13522, 25.09.2019

[http://dipbt.bundestag.de/dip21/
btd/19/135/1913522.pdf](http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/135/1913522.pdf)



MASSENEINWANDERUNG VERHINDERN, RÜCKFÜHRUNGEN VORANTREIBEN

Ein Teil der Agenda 2030 ist der bekannte UN-Migrationspakt, der unter dem zehnten Nachhaltigkeitsziel die Angleichung der Lebensverhältnisse in und zwischen den Ländern fordert und vor allem auf die Legalisierung der Migration abzielt. Um derlei Ziele in Deutschland umzusetzen, konzipiert und finanziert die Bundesregierung über die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) beispielsweise die Zentren für Migration und Entwicklung (ZME). So sollen durch deutsche Unterstützung die allgemeinen Lebensperspektiven der Bewohner in jenen Ländern verbessert werden, aus denen besonders viele in Deutschland ausreisepflichtige Migranten stammen, um diese in ihre Heimatländer zurückzuführen. Alle Rückkehrer aus Deutschland sollen in ihren Herkunftsländern begleitet werden, wo ihnen eine Arbeit vermittelt oder ihnen bei der Gründung von Unternehmen geholfen wird.

Tatsächlich jedoch setzt das Programm zusätzliche Anreize und Möglichkeiten, nach Deutschland zu gelangen. Denn das Verhältnis der damit erreichten Rückkehrer aus Deutschland zu allen mit Mitteln des Programms Geförderten beträgt ungefähr eins zu neun, da auch Personen, die aus Drittländern in ihre Heimatländer zurückkehren, mit Arbeits-, Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen gefördert werden. Damit erhalten Personen Leistungen aus deutschem Steuergeld, die sich nie in Deutschland aufgehalten und auch sonst keinen Bezug zu Deutschland haben. Das so ausgestaltete Programm »Migration für Entwicklung« als Rückkehrinitiative zu bezeichnen, ist grob irreführend.

Als zentrales Instrument des ZME-Programms agieren die im Ausland befindlichen Migrationsberatungscentren. Diese arbeiten vergleichbar mit deutschen Arbeitsagenturen und befinden sich zum Beispiel im Irak, Gambia, Indonesien, Nigeria, Senegal, Marokko, Tunesien, Kosovo, Serbien, Albanien, Ägypten und Ghana. Dort möchte die GIZ »berufliche Bildung und Qualifizierung sowie psychosoziale Unterstützungsangebote vermitteln«.

Die Realisierung dieses Ziels ist nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion vermessen und überschreitet die Grenzen der Regierungsverantwortung, von der die GIZ ihre Aufträge bekommt. Die Effizienz eines derartigen Programms ist mehr als fraglich. Bei dem vergleichbaren Programm »Perspektive Heimat«, das die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode auflegte, fielen je nach Maßnahme Kosten in Höhe von bis zu 20.000 Euro pro Person an, um diese in Praktika, Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln. In den Jahren 2017 und 2018 wurden auf diese Weise insgesamt fast 300 Millionen Euro für das Programm »Perspektive Heimat« ausgegeben, um damit gerade einmal 939 Rückkehrern eine Arbeit zu vermitteln.

Die Entgrenzung des deutschen Sozialstaates auf die ganze Welt ist strikt abzulehnen. Die eklatante Ausdehnung der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundesregierung sowie die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit greift in die originären Aufgaben der jeweiligen Staaten ein und überdehnt die Verantwortung der Bundesregierung.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher

- Rückführprogramme wie ZME sofort einzustellen und die Migrationsberatungszentren so schnell wie möglich abzuwickeln;
- künftig davon Abstand zu nehmen, sich illegal in Deutschland aufhaltende Ausländer durch staatliche Leistungen zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Stattdessen ist endlich mit der konsequenten Rückführung aller Illegalen zu beginnen.

Verschiedene »Lebensperspektiven« für Deutsche und Flüchtlinge

Die Entgrenzung des deutschen Sozialstaates auf die gesamte Welt entspringt einer Geringschätzung der Bundesregierung gegenüber dem deutschen Volk. Dies belegen exemplarisch die Aussage der Außenministerin Annalena Baerbock »Egal, was meine Wähler denken.« in Prag und der infame Ausspruch von Wirtschaftsminister Robert Habeck: »Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.«

KEINE ALMOSEN FÜR AUFSTREBENDE SCHWELLENLÄNDER



Aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China den Status als Entwicklungsland entziehen – Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer

Bundestagsdrucksache
20/5221, 17.01.2023

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005221.pdf>



Partnerschaftsformen und Partnerschaften der Entwicklungszusammenarbeit

Bundestagsdrucksache
19/6342, 06.12.2018

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/063/1906342.pdf>

Die deutsche Entwicklungspolitik hat ein grundsätzliches Problem mit der Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes, gleich ob es sich dabei um die Agenda 2030, die Umsetzung von »feministischer Entwicklungspolitik« oder um die Partnerländer Deutschlands handelt. Die Bundesregierung macht keinen sachlich-fundierten Unterschied zwischen Entwicklungsländern wie Burkina Faso einerseits, das auf dem Index der menschlichen Entwicklung aktuell an 185. Stelle steht und damit den achtletzten Platz belegt, und Schwellenländern wie Brasilien andererseits, das auf Platz 89 positioniert ist, über die neuntgrößte Volkswirtschaft der Welt verfügt und zur einflussreichen Gruppe der G20 gehört. So erhält Burkina Faso seit dem Jahr 2020 Zusagen in Höhe von 114,65 Millionen Euro und Brasilien wurden seit 2023 zinsgünstige Kredite im Umfang von 561 Millionen Euro zugesagt.

Die Bundesregierung klassifiziert Länder als Entwicklungsländer, ohne vorab eine durchgehende widerspruchsfreie Systematik mit nachvollziehbaren Kriterien zur Einordnung der jeweiligen Länder zu entwickeln. Der Einfachheit halber wird jeder Partner der deutschen Entwicklungspolitik als »Entwicklungsland« verstanden, was grundsätzlich die Gewährung von Mitteln ohne Rückzahlungspflicht einschließt. Das führt dazu, dass die Bundesrepublik globale Wettbewerber mit deutschem Steuergeld zum eigenen Nachteil subventioniert. Auf besonders drastische Weise zeigt sich dies am Beispiel China.

Das G20-Mitglied China nimmt auf dem Entwicklungsindex Rang 75 ein und war 2023 zum achten Mal in Folge Deutschlands größter Handelspartner. Im selben Jahr belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf knapp 254,5 Milliarden Euro. Damit entfällt knapp ein Drittel des gesamten Handelsvolumens der EU von rund 739 Milliarden Euro mit China auf Deutschland. Die deutschen Exporte nach China beliefen sich auf rund 97,3 Milliarden Euro und die deutschen Importe aus China auf knapp 157,1 Milliarden Euro.

Die Volksrepublik China betreibt mit dem Seidenstraßenprojekt selbst eine Art Entwicklungspolitik, das möglicherweise das ambitionierteste und weitreichendste Han-

delsprogramm der Geschichte darstellt. Die Bedeutung und der Umfang dieses Projekts lässt sich mit drei Zahlen beschreiben: So nehmen daran 65 Nationen teil, in denen 65 Prozent der Weltbevölkerung leben und die 30 Prozent des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaften. Vor allem in Afrika sind der chinesische Staat und chinesische Unternehmen aktiv. Laut Meldung des Büros der Führungsgruppe für die Förderung der Belt-and-Road-Initiative (BRI) und der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission vom 30. August 2024 haben sich chinesische Unternehmen in afrikanischen Ländern am Bau und an der Modernisierung von mehr als 10.000 Kilometern Eisenbahnstrecke, fast 100.000 Kilometern Autobahn, rund 1000 Brücken und 100 Häfen sowie 66.000 Kilometern Stromübertragungs- und Stromverteilungsleitungen beteiligt. Darüber hinaus haben sie zum Aufbau eines 150.000 Kilometer langen Backbone-Kommunikationsnetzes in Afrika beigetragen.

Zugleich erweitert und vertieft China schon seit Jahren seinen Einfluss in Unternehmen der deutschen Schlüsselindustrien, darunter im Maschinenbau, in der Automobil- und ihrer Zulieferindustrie, in den Bereichen Chemie und Pharma sowie in zahlreichen Firmen der Kommunikations-, Informations- und Elektrotechnik. Allein im Jahr 2023 betrug der Wert an chinesischen Beteiligungen und Übernahmen in der deutschen Wirtschaft zwei Milliarden Euro.

Obwohl China im Hinblick auf den Handel mit Deutschland und den Welthandel insgesamt an der Bundesrepublik vorbeigezogen ist und diesen Vorsprung auch noch ausbauen wird und obwohl sich chinesische Firmen in deutsche Schlüsselindustrien einkaufen, wird China nach dem Verständnis der Bundesregierung immer noch als Entwicklungsland betrachtet und erhält Gelder aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) flossen von 2018 bis 2022 etwa 2,16 Milliarden Euro von Deutschland nach China.

Auch Pakistan, auf dem Index der menschlichen Entwicklung auf Platz 164, bezieht Entwicklungsgelder. Das Land ist bereits seit 1961 Empfänger deutscher staatlicher Entwicklungshilfeleistungen und erhält

nach Zusagen im Mai 2023 Mittel in Höhe von 163,3 Millionen Euro. Zugleich unterhält Pakistan ein nukleares Arsenal von schätzungsweise 100 bis 120 Waffen und verfügt, gemessen am aktiven Militärpersonal, über die sechstgrößte Armee der Welt.

Auch der regionale Dauerrivale Chinas wird von der Bundesregierung bedacht: Indien liegt auf Platz 134 der menschlichen Entwicklung und ist einer der wichtigen weltpolitischen Akteure, der einen entsprechenden internationalen Status als Wirtschafts- und Militärmacht für sich einfordert. Indien gehört wie Brasilien zu den G20-Staaten und wandelte sich entsprechend im Bereich der Entwicklungspolitik vom Leistungsempfänger zum Leistungsgeber. So verfolgt die Republik Indien mittlerweile eine ambitionierte, auf eigene politische und wirtschaftliche Interessen ausgerichtete Entwicklungspolitik. Das Land erhält seit 2022 aus Deutschland jährlich mehr als eine Milliarde Euro für eine »Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung«, fast vollständig in Form von Krediten.

Schwellenländer, die Deutschland auf den internationalen Märkten als Konkurrenz begegnen, die sich eine atomare Bewaffnung leisten oder die selbst Entwicklungspolitik betreiben, sind nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion keine Entwicklungsländer mehr. Neben China, Pakistan, Indien und Brasilien gilt dies auch für die Türkei, Indonesien, Mexiko und Südafrika.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher

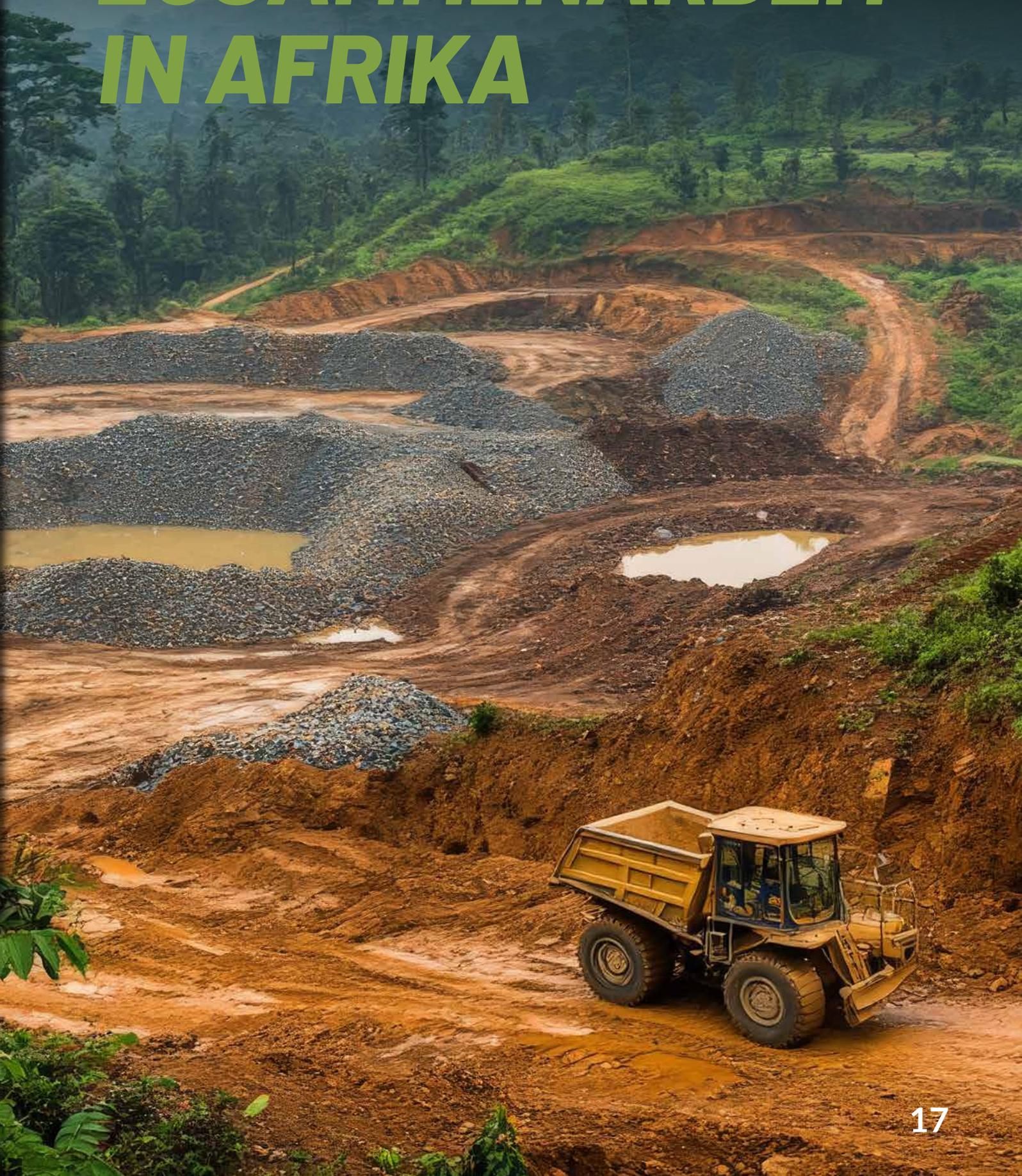
- die Entwicklungszusammenarbeit mit aufstrebenden Staaten in der gegenwärtigen Form nicht weiter fortzusetzen und
- einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, nach dem sich die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit künftig richtet.

Die Vergabe von Entwicklungsgeldern durch die Bundesregierung – ein Chaos mit Methode

Das von der Bundesregierung bei der Mittelvergabe verursachte Chaos hat Methode. So kennt sie zahlreiche verschiedene Partnerschaftsformen, wie etwa Entwicklungspartnerschaften, Verantwortungspartnerschaften, Transformationspartnerschaften, Investitionspartnerschaften, Reformpartnerschaften, strategische Partnerschaften, Hochschulpartnerschaften, Klinikpartnerschaften, Gesundheitspartnerschaften, Energiepartnerschaften, Kammerpartnerschaften, Verbandspartnerschaften, Klimapartnerschaften und globale Partnerschaften, die bei der Zuwendung von Finanzmitteln berücksichtigt werden.

Da es die Bundesregierung versäumt, »Entwicklungsländer« innerhalb einer durchdachten Systematik und Nomenklatur zu klassifizieren, kommt jeder Staat der Welt in den Genuss deutscher Entwicklungsleistungen, der irgendeiner Kategorie der vielfältigen und von der Bundesregierung definierten Partnerschaftsformen zugeordnet werden kann.

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT IN AFRIKA



Wir sind im Gegensatz zur bisherigen Politik der Bundesregierung der Auffassung, dass Afrika heutzutage weit über die rein entwicklungspolitischen Aspekte hinaus stärker in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit rückt. Seine wachsende Bedeutung spiegelt sich insbesondere in einem zunehmenden Wettbewerb mit den BRICS-Staaten und den USA um Einflussnahme und Zugang zu Ressourcen wider. Europa und insbesondere Deutschland sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verflechtungen und geographischen Nähe unmittelbar von diesen Entwicklungen betroffen. Es ist daher für die deutsche Afrikapolitik entscheidend, den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu legen.

Nach zahlreichen Putschen vor allem in der Sahel-Region wenden sich immer mehr afrikanische Staaten China und Russland zu, während Deutschland hier den Anschluss verliert. Dieser Umstand hat viele Ursachen, ist allerdings auch auf den nicht selten erhobenen moralischen Zeigefinger der Bundesregierung zurückzuführen. Wir lehnen paternalistische und ideologische Ansätze sowie die von der Bundesregierung betriebene sogenannte feministische Außenpolitik ab. Die Annahme und Überbetonung einer deutschen Kolonial- und Klimaschuld halten wir für außen- und entwicklungspolitisch kontraproduktiv. Der Versuch, afrikanischen Staaten eine »Genderpolitik« mit »gendertransformativen Projekten« aufzuzwingen, beschädigt die zwischenstaatlichen Beziehungen Deutschlands.

Der afrikanische Kontinent ist reich an Rohstoffen und zeichnet sich durch eine hohe wirtschaftliche Dynamik aus. Er verfügt über 15 Prozent der weltweiten Ölvorkommen, 40 Prozent der Goldreserven, 80 Prozent der Platinmetalle und die größten Anbauflächen für Landwirtschaft.

Ein Paradigmenwechsel ist dringend geboten, vorzugsweise in der Rohstoffpolitik, denn Deutschland zählt als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Gleichzeitig scheitern deutsche Unternehmen jedoch, sich langfristig in ausreichender Menge mit Rohstoffen – vor allem Metallrohstoffen – und

vielen wichtigen Industriemineralien zu versorgen. 46 Rohstoffe wurden als für die deutsche Industrie »strategisch wichtig« eingestuft, weil sie große Bedeutung für die Herstellung hochtechnologischer Güter haben. Aufgrund fehlender diversifizierter Lieferketten besteht bei 39 dieser Rohstoffe ein erhöhtes Versorgungsrisiko. Die Abhängigkeit von China hat entsprechend zugenommen. In diesem Zusammenhang ist eine neue, zielgerichtete Rohstoffkooperation mit Afrika notwendig, da sich dort die größten und wichtigsten Vorkommen der fraglichen Rohstoffe befinden.

Die deutsche Politik sollte die Rohstoffsicherungsaktivitäten der Wirtschaft nachdrücklich und effizient flankieren. Nicht umsonst hat der Bund der Deutschen Industrie (BDI) Folgendes formuliert: »Afrika ist heute ein Muss für deutsche Unternehmen – und nicht mehr nur ein Chancenkontinent. Für Deutschland wird Afrika wirtschaftlich immer wichtiger, um sich stärker zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren, vor allem von China. Die Bundesregierung sollte die Bemühungen der Unternehmen um neue Rohstoffpartnerschaften unterstützen sowie Investitions Garantien und Hermesdeckungen ausweiten.«

Das Interesse an der Errichtung neuer Infrastrukturprojekte auf dem afrikanischen Kontinent wächst aktuell wieder deutlich, vor allem wegen des Anstiegs der Rohstoffpreise. Die Afrikanische Union hat als Beispiel den Eisenbahnsektor an die Spitze der Prioritätenliste ihrer Agenda 2063 gestellt.

Die meisten neuen Transportrouten sind zuletzt in Ostafrika eröffnet worden. Dort haben chinesische und türkische Firmen das Monopol auf solche Infrastrukturprojekte. Aber im Gegensatz zu Ostafrika, wo chinesische und türkische Firmen derzeit den Verkehrsinfrastrukturmarkt monopolisieren, bestehen für deutsche Firmen in Westafrika bessere Chancen auf Teilhabe an Infrastrukturprojekten.

Die Zukunft Deutschlands und Europas liegt in einer festen Partnerschaft mit Afrika.

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO UND WESTAFRIKANISCHE STAATEN

Künftig soll sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern strikt an den ökonomischen Interessen Deutschlands sowie am wirtschaftlichen Prosperieren der afrikanischen Partnerländer nach dem Motto »Hilfe zur Selbsthilfe« orientieren.

Deutsche Rohstoffinteressen in Afrika müssen eindeutig definiert werden. Die Zusammenarbeit mit der Demokratischen Republik Kongo ist zu intensivieren, die wirtschaftlichen Möglichkeiten deutscher Unternehmen in diesem zentralafrikanischen Land sind zu fördern. Die Demokratische Republik Kongo ist reich an Rohstoffen, die für die deutsche Industrie und Wirtschaft unverzichtbar sind.

Deutschland muss die schon bestehende wirtschaftliche und geopolitische Dominanz Chinas in der ostafrikanischen Region realistischer bewerten und sich gegebenenfalls stärker auf Westafrika konzentrieren. Daher stehen wir für ein Umdenken bezüglich der geostrategischen Ausrichtung der im Rahmen der Global Gateway-Initiative geplanten Transportkorridore. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoller, die Westküste zu berücksichtigen. Es bietet sich zum Beispiel an, eine strukturelle Hauptstrecke von Senegal bis zur Demokratischen Republik Kongo über Gambia, Guinea, Sierra Leone, Liberia, die Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Benin, Nigeria und Kamerun aufzubauen. Die genannten Länder weisen eine recht stabile Sicherheitslage auf und verfügen bereits über funktionierende Häfen, deren Kapazitäten noch weiter ausgebaut werden können.

Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland stagniert und in der Eurozone sogar schrumpft, verzeichnet die westafrikanische Region eine stark wachsende Wirtschaftsleistung. So wird das BIP pro Kopf in Benin laut Prognosen zwischen 2024 und 2029 um 27,86 Prozent, das BIP pro Kopf in Senegal um 30,60 Prozent oder beispielhaft in Ländern wie der Elfenbeinküste, Liberia, Togo, Guinea, Niger, Burkina Faso, Mali und Ghana um 15 bis 29 Prozent steigen. Für diese Entwicklung in Westafrika sind vor allem die wachsende Rohstoffproduktion und die angebaute Industrialisierung ursächlich.

Es ist dringend geboten, dass die Bundesregierung die Bemühungen deutscher Unternehmen um Handel und Investition mit und in der westafrikanischen Region unterstützt.



Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Äthiopien – Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit vom Stopp des Regierungspalast-Bauvorhabens abhängig machen

Bundestagsdrucksache 20/9153, 07.11.2023

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/091/2009153.pdf>



Für eine bessere Koordination der deutschen Afrikapolitik – Ressortgemeinsame Kohärenz schaffen

Bundestagsdrucksache 20/11961, 25.06.2024

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/119/2011961.pdf>



Systematisch integrierender und interessen geleiteter afrikapolitischer Ansatz für Deutschland

Bundestagsdrucksache 20/11147, 23.04.2024

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/111/2011147.pdf>

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher

- die Bemühungen der westafrikanischen Staaten zur Stärkung eines eigenständigen regionalen Wachstums entschieden zu fördern;
- zusammen mit der deutschen Privatwirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft stärker zu erschließen;
- eine aktive, eigenständige Außenhandelspolitik zu betreiben, um für deutsche Unternehmen die langfristige Verfügbarkeit von Rohstoffen in der erforderlichen Menge sicherzustellen.

DEUTSCHE FORSCHUNG FÜR UNTERNEHMERTUM UND UMWELT



Pyrolyseförderung –
Eine wirkliche Alternative zur Bekämpfung
der Plastikflut in Entwicklungs-
ländern

Bundestagsdrucksache
19/15075,
13.11.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915075.pdf>

Viele Staaten leiden unter massiver Umweltverschmutzung in Form von Müll. Verursacht wird dies teilweise durch den Import von Abfällen, insbesondere von Kunststoffen, vor allem aber durch das Fehlen von entsprechenden Abfallverbringungssystemen wie ordentlichen Deponien und Recycling-, Müllverbrennungs- und Wiederaufbereitungsanlagen. Seit die chinesische Regierung das Einfuhrverbot für Müll strikt durchsetzt, fallen besonders in Staaten Südostasiens wie Indonesien, Malaysia, Thailand und Vietnam vermehrt zu entsorgende Abfälle an.

Durch die negativen Auswirkungen auf den Menschen und die Umwelt hemmt diese Umweltverschmutzung die Entwicklung der betreffenden Gesellschaften. Es entstehen unnötige Mehrausgaben für Gegenmaßnahmen, die mit einer ordentlichen Verbringung von Abfall erst gar nicht entstehen würden. Diese Mehrkosten werden auch von der Bundesrepublik getragen. Die Bundesregierung lindert damit jedoch lediglich die Symptome und geht dem ökonomisch und ökologisch sachgemäßen Umgang mit dem Müll aus dem Weg. Eine Möglichkeit, die Ursache dieses Problems anzugehen, findet sich im Verfahren der Pyrolyse.

Die Pyrolyse von Kunststoffabfällen ist eine noch wenig beachtete Lösung der Verbringung von Kunststoffabfällen. Sie bildet eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternative zur Deponierung und Verbrennung, da durch die Pyrolyse der Grundstoff von Kunststoffen, das Öl, um bis zu 80 Prozent wiedergewonnen und dem Kohlenstoffkreislauf zugeführt werden kann. Die Pyrolyse stellt auch eine Alternative zu Lithium-Ionen-Batterien dar, da sie die menschen- und umweltschädigende Förderung von Lithium und Kobalt nicht voraussetzt.

Darüber hinaus kann mit demselben Verfahren »Biokohle« zur Bindung von überschüssigem Kohlenstoff gewonnen und anschließend zur Bodenaufbesserung verwendet werden.

Allerdings wird Deutschland auch hier von anderen Nationen überholt. Durch das Festhalten an der sogenannten Energiewende hat die Bundesregierung viele energiepolitische Alternativen vernachlässigt. Aufgrund einer durch Gesetze und Verordnungen forcierten Energiepolitik, die nahezu ausschließlich ideologisierten Vorgaben folgt, wird es für Forscher, die sich nicht mit »erneuerbaren Energien« befassen, fast unmöglich, Forschungsgelder zu akquirieren und energietechnische Alternativen aufzuzeigen. Damit verbaut sich Deutschland derzeit sowohl in wissenschaftlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Führungsrolle bei Zukunftstechnologien und Energieträgern. So nutzen und exportieren chinesische, niederländische und französische Unternehmen bereits seit längerem Pyrolyseanlagen in Fabrikgröße.

Um sich von dieser einseitigen wirtschaftlichen und energiepolitischen Ausrichtung zu lösen, sind Investitionen in eine wissenschaftlich unabhängige und wirtschaftlich versierte Forschung nötig. Zum eigenen, aber auch zum Nutzen der Entwicklungsländer, muss deshalb in die weitere Erforschung der Pyrolyse investiert werden, um ökologisch und ökonomisch gewinnbringende Lösungen zu entwickeln.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher

- die Pyrolyseforschung zu intensivieren;
- mit wissenschaftlichen, privaten und entwicklungspolitischen Partnern eine leicht transportierbare und einfach zu bedienende Plastikpyrolyse-Anlage zur Entsendung in Entwicklungsländer marktfähig zu machen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaftliche Zusammenarbeit und



Markus Frohnmaier MdB

Leiter des Arbeitskreises Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion

Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitglied im Kuratorium der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Dietmar Friedhoff MdB

Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion

Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Obmann im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Edgar Naujok MdB

Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitglied im Beirat des DEval-Instituts

Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion



Stefan Keuter MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Dr. Malte Kaufmann MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Prof. Dr. Harald Weyel MdB

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



FOLGEN SIE UNS



[AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)



fb.com/AfDimBundestag



[@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)



[youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)



[instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)



[tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)



Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buengerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Januar 2025

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.